ContraSalon

Dipl.- Ing. Jürgen Wahl - Privater politischer Brief - 2. Feb. - Ausgabe 2018

.....

Zur politischen Lage in Polen

Meine laufenden Analysen von November bis Mitte Januar

1. Die breite deutsche Medien- und Politik-Reaktion auf a) Verletzungen der polnischen Verfassung im Hinblick auf die EU und b) auf das jüngste Gesetz gegen Reinwaschung polnischer Helfer der SS ist ja verständlich und richtig, doch INNERHALB von Polen schlagen dazu außerhalb von Warschau keine Wellen hoch. Die Massen haben ganz andere Sorgen, und nur sehr alte Polen reagieren auf z.B. die Geschehnisse vor 1945, über die jetzt nichts mehr publiziert werden darf.

2. Noch immer halten 75 – 80% aller Polen zu EU-Europa. Zugleich stützen sie eine Regierung, die in Brüssel immer öfter enttäuscht. Keine Erklärung…. Leider gibt es seit Mitte 2017 eine Zunahme von Anti-EU-Haltungen bei Leuten zwischen 18 und 28. Ursache: Mehr Wirkung von staatlichen und kirchlichen Anti-Europa-Medien, darunter wieder mal Radio Maria.

3. Die polnische Wirtschaft blüht. Auch wegen ihrer immer engeren Verbindungen mit Alt-EU-Europa. Leider hat dies keine mäßigende Wirkung auf die PiS-Führer.

4. Der Auswanderer-Trend nahm nicht ab. Immer mehr junge Polen wollen nach-West-Aufenthalten nicht mehr nach Polen zurück.

5. 44% der Wähler mögen den De-facto-Alleinherrscher Jaroslaw Kaczynski nicht, nur 38 trauen ihm. Präsident Duda ist weit beliebter.

Anfang November begannen die harten Gerüchte über eine Regierungsbildung, die dann noch im Dezember zäh ablief. Vorher konnte passieren,dass z.B.der eitle Präsidialminister Szczerski fatal falsche Anmerkungen zu „Brüssel“ losließ. Große Aufregung im Establish-ment zur ersten kritischen Abstimmung des Europäischen Parlaments über Polen 438 MdEPs votierten für Wiederherstellung der polnischen Rechtsstaatlichkeit, 152 schonten Polen, 71 enthielten sich.

Eine große Zeitung testete die Beliebtheit von Parteichefs. EVP-Partner und PO-Chef Schetyna brachte es auf klägliche 3 -, der Liberale Petru auf 2, Kukiz auf 1, Kosniak-Kamyzs (PSL) auf 4 .

Im 3. Quartal wuchs Polens Wirtschaft um 4.7%. Erstmals ernst begann eine Debatte über E-Mobilität und sogar Wasserstoffautos. Polen hat eine PKW-Quote von 50% Dienstwa-gen. Bis 2025 will Polen so weit wie der (planende) Westen sein

Der Brexit löste eine heftige doch nur kurze Debatte über „Polexit“ aus. Austritt aus der EU wird in seriösen Blättern als „Anfall von Irrsinn“ bezeichnet. Presse ruft später MP Morawiecki auf: „Rein in die Euro-Zone, Aufstellen gegen Russland“ Ein nur kleiner Streit über die Aufnahme von Flüchtlingen. Alle Polen hören wieder, dass 1.2 Mio Ukrainer nach Po-len kamen. Einige Blätter sprechen die „andere Wahrheit“ aus: „Wir wollen keine Muslime und Anti-Christen, Katholische könnten kommen.“

Blätter-Bilanz 2017: Erfolge gab es bei Wirtschaft, Schulreform (!), Justizreform (!), doch Niederlagen gab es bei Gesundheit und im Ringen um den Bialowiezc-Urwald, dessen Ab-holzung „Brüssel“ verbot.

Alle Texte über das Verhältnis Polen-Deutschland enthalten den Satz „Jetzt aber kommt Macron“. Und anders als viele deutsche Blätter registrieren die polnischen , dass Polen und Ungarn „nur begrenzt an einem EU-Strick ziehen“. Viktor Orban sei „der EVP treu“ und habe dies auch der CSU „geschworen“.

Zähe und bisher nicht klare Gespräche zwischen Oppositionsparteien im Hinblick auf die kommenden Kommunalwahlen. Nicht nur PO und Nowoczesna, auch SLD. Ich gebe dabei großen Städten Chancen, die Warschauer Zentralen sind schwach.

Religion. In den 80zigern gingen 55% der Polen in die Kirche, heute 36.7%. Das heißt aber nicht, dass Priester weniger politischen Einfluss haben, vor allem „neu-nationale. Nur 16% Polen gehen zu Sakramenten. Es steigt aber die Zahl von christl. Ehen und Taufen.

Auf welche Länder im Rat hoffen polnische Diplomaten bei Kritiken von EP und Kom-mission (z.B. Art.7-Verfahren)? Diese: Litauen, Lettland, Kroatien, Rumänien, Slowakei.

Nationale Umfrage Januar: PiS 43, PO 19, Nowoczesna 8, SLD 7, Kukiz 6, PSL 5 Petru, der die Liberale Partei verließ, gründet „Oppositionsplattform Plan Petru“. Schetyna rech-net mit „Zerfall der Liberalen“// Ernennung von Czaputowicz zum Außenminister findet Beifall bei polnischer Opposition, aber es gibt auch Warnungen.

Donald Tusk: „Ich habe nicht vor, Rentner zu werden.“ Er beklage jetzt die „unnötigen psychologischen Erfolge der Russen in meinem Polen“.

Neuer Krach in Sachen Abtreibung. Eine „Initiative“ zur Liberalisierung scheiterte im Sejm. Oppositionelle erschienen nicht im Sejm, sogar 58 PiS-MPs kniffen durch Absenz. Blätter fluchten: “Es gibt jetzt keine Alternative mehr zur PiS“.

Umfragen: 35% wollen keinen Muslim als Nachbar. Fast gleich viel gegen Juden. Aber 37% sagten 2017, Polen täte zu wenig für Flüchtlinge – und jetzt sogar 48%.

Der Berliner Botschafter Nikel betont: „Kopplung von EU-Geld an das Einhalten von polni-scher Rechtsstaatlichkeit ist keine deutsche Politik.“

Wiederaufleben von Anti-Abtreibung-Demos in fast 50 polnischen Städten. Die liberale Nowoczesna kündet an, sie wolle einen neuen Gesetzentwurf in den Sejm einbringen.

Im neuen Jahr mehren sich Berichte über junge Neonazi-Gruppen, z.T. wie deutsche Nazis in 1933 uniformiert und mit „Hitler-Gruß“. In Gleiwitz wird der Vereinigung „DiN“ eine Beziehung zu „Solidarna Polska“ vorgeworfen, welche Antisemitismus fördere. Zur gleichen Zeit verlangen einige Medien „mehr Mitwirkung Polens an der europäischen Einigung“. Und der Außenminister spielt das Problem „neue deutsche Reparationen“ runter, gegen PiS-Führer wie J. Kaczynski.

Gegen die de-facto-Verschärfung des Abtreibungsgesetzes: 100% SLD, Razem, Kukiz, - 87% Nowoczesna, 85% PO, 60% PSL, und sogar 42% PiS ! Der Landesjustizrat (KRS) bleibt Widerstandslager Nummer 1, denn nur 15 Beamte in ganz Polen von 10.000 Kolle-gen waren bereit, für KRS-Posten zu kandidieren !

Ende Januar eines der seltenen Kaczynski-Interviews. Der heimliche Führer sagt: Es ist zu früh, dass Thema Reparationen auf den Tisch zu legen.“ Aber auch. „Man (BERLIN) versucht, Polen zu rekolonisieren.“ Und noch dämlicher: „Die Deutschen haben nie mit dem Faschismus abgerechnet.“

Das liberale Blatt GW über die Regierenden: „Die PiS ist nicht antisemitisch, doch sie fürchtet täglich, ihre Wähler zu verlieren.“

JW

==========

Polen-Analysen von befreundeten polnischen Autoren

Neuer Premier Morawiecki

Polnische Regierungsumbildung Ende 2017. - Ihren Posten verloren haben: Außenminister Witold Waszczykowski, Umweltminister Jan Szyszko, Digitalisierungsministerin Anna Streżyńska, Gesundheitsminister Konstanty Radziwiłł und Verteidigungsminister Antoni Macierewicz. Größte Überraschung war der Abgang des Verteidigungsministers, da er eine starke Position im Regierungslager und treue Sympathisanten unter den PiS-Wählern hatte.

Allerdings lag er mit Präsident Andrzej Duda im Clinch darüber, wer tatsächlich Oberbefehlshaber des Militärs sein soll und wie die Reform der polnischen Armee auszusehen habe. Es war am Ende Duda, der darauf drängte, dass Macierewicz nicht Teil der neuen Regierung werden würde.

Eine der Hauptaufgaben des neuen Ministerpräsidenten Mateusz Morawiecki ist die Berichtigung des Kollisionskurses mit Brüssel, wo wichtige Entscheidungen zum EU-Haushalt von 2020 bis 2027 fallen werden. Deshalb wurde er Regierungschef anstelle von Beata Szydło. Sie war zum Symbol der fatalen Europapolitik der PiS geworden, darunter die Abstimmung über die Verlängerung der Amtszeit von Donald Tusk als Präsident des Europäischen Rates, die mit einem Ergebnis von 1:27 ausging – also einer riesigen Niederlage Polens im EU-Rat.

Vorbereitung auf die Wahl 2019: Die PiS-Regierung will nun ein sanfteres Gesicht zeigen, Spannungen auf internationaler Bühne sowie innenpolitisch abbauen, um neue Punkte in Meinungsumfragen zu machen und bei der Wahl 2019 eine verfassungsändernde Mehrheit zu erlangen.

Morawiecki machte nicht zufällig seine erste offizielle Auslandsreise nach Ungarn. Denn die Fidesz- und die PiS-Regierung sind sich einig: „Wir nehmen keine Flüchtlinge auf. Die Politik der Umverteilung ist gescheitert. In dieser Sache ordnen wir uns dem Diktat von Brüssel nicht unter.“

Doch hat Orbán Warschau schon einmal vor den Kopf gestoßen: Bei der Abstimmung über die zweite Amtszeit des Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk, der seit Jahren der größte politische Feind des PiS-Vorsitzenden Jarosław Kaczyński ist.

Orbán soll in einem Privat gespräch mit dem Chef des regierenden Lagers in Polen versprochen haben, gegen die Verlängerung zu stimmen. Als es zur Abstimmung kam, stimmte er doch für Tusk. Orbán sagte später, seine Stimme habe sowieso keine Bedeutung gehabt; er ***habe außerdem seiner politischen Fraktion in der EU Loyalität beweisen müssen***, der Europäischen Volkspartei EVP, zu der die ungarische Fidesz und die polnische „Bürgerplattform“ (PO) zählen

Morawiecki ist erst seit 2015 in der Politik. Und er teilt viele Ansichten Kaczyńskis. Den Abbau des Rechtsstaats und der Gewaltenteilung mithilfe von Justizreformen wird er weiter vorantreiben. Über die Veränderungen des politischen Systems in Polen sagte Morawiecki schon im Februar in einem Interview mit der Deutschen Welle, dass "das Recht nicht das Wichtigste" sei

"Eine neue Situation im Land und in der Welt" habe den Wechsel erzwungen, sagte PiS-Sprecherin Beate Mazurek. Die PiS hofft, dass es dem neuen Premier gelingen wird, seine ausländischen Kollegen zu überzeugen, alles laufe in Polen nach rechtsstaatlichen Prinzipien und alle EU-Vorgaben würden erfüllt. Der Premier spricht anders als die Vorgängerin Fremdsprachen und war jahrelang im Bankensektor tätig. Doch auch er konnte sich in der PiS-Fraktion nicht gut vernetzen. Kaczyński könnte ihn ebenso schnell abberufen, wie er ihn Premier werden ließ.

Kaczyńskis engste Anhänger in der PiS haben ihn im Geheimen immer heftiger gedrängt, selbst Premier zu werden. Jede wichtige Entscheidung muss er ja ohnehin bestätigen. Auch ausländische Journalisten beobachteten morgens gegen zehn häufig, dass „Regierende“ im Wohnhaus Kaczynski ihre Befehle abholten

PiS-Anführer Jaroslaw Kaczynski

Lage im EU-Parlament: Ryszard Legutko, polnischer Europaabgeordneter und Mitglied der in Polen regierenden PiS, reagierte wütend darauf, dass in einer Debatte „überhaupt Kritik an der polnischen Regierung“ laut wurde. Polen wurde 2017 vorgeworfen, Rechtsstaatlichkeit und Gewaltenteilung auszuhebeln. - Legutko sprach von einer "antipolnischen Orgie", von "niagarafallartigen Lügen". Er verglich EU-Politiker mit früheren sowjetischen Diplomaten. Emmanuel Macron warf er postkoloniales Verhalten vor.

Die größte Empörung im Europaparlament lösten 2017 die Worte von Guy Verhofstadt, Fraktionsvorsitzender der liberalen ALDE-Fraktion, aus. Er sagte, beim „Unabhängigkeitsmarsch“ im November in Warschau seien "Tausende Faschisten, Neonazis und Anhänger der Vorrangstellung der weißen Rasse 300 Kilometer von Auschwitz entfernt marschiert". Unter den Demonstranten überwogen gottlob Menschen, die mit Faschismus nichts am Hut haben.

Dies ändert jedoch nichts daran, dass während des Marsches viele rassistische und faschistische Parolen zu hören waren, auf die weder die Polizei noch die Regierung reagierten. Die PiS ist bisher überhaupt nicht gegen Vorfälle mit Beteiligung von rechtsextremen Gruppierungen vorgegangen. Im Gegenteil: Die Regierung hat in der Vergangenheit nicht nur Demonstrationen des neofaschistischen Nationalradikalen Lagers (ONR) im Zentrum von Warschau gestattet, sondern sogar Polizeispaliere aufstellen lassen, um die ONR-Demonstranten vor Pazifisten zu schützen, die demonstrierten.

Die polnische Regierung hat sich bemüht, die faschistischen Parolen und Transparente um jeden Preis kleinzureden. Sie sagte: „Teilnehmer skandierten Losungen wie "nicht islamisch, nicht laizistisch, Polen ist und bleibt katholisch!" und (deutsch!) "Ganz Polen singt mit uns beflissen, die Flüchtlinge soll’n sich verpissen!" Doch neben der weiß-roten polnischen Nationalflagge wehten auch Fahnen mit keltischen Kreuzen und die Standarten des faschistischen National-Radikalen Lagers (Obóz Narodowo-Radykalny – ONR), das an die Tradition der gleichnamigen faschistischen Organisation aus der polnischen Zwischenkriegszeit anknüpft.

Am Ende wurden alle Illusionen bezüglich des Rassismus während der Demonstration endgültig zerstört. Denn es bekannte Mateusz Pławski, Sprecher der rechtsradikalen *Allpolnischen Jugend (Młodzież Wszechpolska)* und einer der Organisatoren des Marsches: „Wir sind Rassenseparatisten, unserer Meinung nach ist nicht eine Rasse besser als die andere, aber jede ist anders und bewohnt einen anderen Kontinent. Ethnische

Gruppen sollte man nicht mischen." Und fügte hinzu: "Eine Person mit schwarzer Hautfarbe kann kein Pole sein."

Welche absurde Definition von Diplomatie die Partei *Recht und Gerechtigkeit* (PiS) hat, wurde kürzlich wieder einmal deutlich. Dieses Mal traf es den deutschen Militärattaché: Er wurde von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz (im Dez. abgelöst) einbestellt und musste sich seine Empörung über die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen anhören.Vorwurf: Sie würde die "Widerstandsbewegung" in Polen unterstützen. ***D***ie Ministerin stellte sich einer Frage und sollte sagen, ob sich die osteuropäischen Staaten überhaupt noch nach Europa sehnen und Anhänger der Nato seien, weil das transatlantische Bündnis auch gegen Wladimir Putin kämpfen könne. "Gerade für unsere osteuropäischen Länder möchte ich eine Lanze brechen", sagte von der Leyen daraufhin in der Livesendung. Sie erwähnte, was die baltischen Länder und Polen auf sich genommen hätten, um EU-Mitglied zu werden. Und sie sprach über die Vorreiterrolle der polnischen Solidarność-Bewegung , die den Untergang des Ostblocks eingeläutet hatte.

Weiter erzählte sie, welche fantastischen Mechanismen der Zusammenarbeit es gebe, wie zum Beispiel den Erasmus-Studentenaustausch. Ihre Kinder hätten in Polen studiert, als es 2015 zum Machtwechsel in der Regierung kam. "Man muss den gesunden demokratischen Widerstand, gerade der jungen Generation in Polen, unterstützten", sagte von der Leyen in diesem Zusammenhang. Dann rief sie die EU noch dazu auf, über ihre eigene Zukunft nicht ohne Polen und andere Länder der Region zu diskutieren. Besser sei es, Polen einzubinden und die Türen für alle offen zu halten. ---- Das war's – nicht mehr, nicht weniger hat sie gesagt. Obwohl es wirklich schwer fällt, darin einen Angriff auf die Regierung Polens zu sehen, hielt dies PiS-Politiker nicht von hysterischen Reaktionen ab. Die PiS-Partei macht seit langer Zeit Stimmung gegen Deutschland.

==========

Aus der Tätigkeit der Brüsseler EU-Kommission

„Bildungsraum EU“

Die Kommission hat Vorschläge für die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Bildungsraums vorgelegt. Die Mitgliedstaaten wurden zu mehr Investitionen im Bildungsbereich aufgefordert und als Richtschnur 5 % des Bruttoinlandproduktes vorgeschlagen. Der Kommissionsvorschlag umfasst folgende Maßnahmen:

Verwirklichung der Lernmobilität für alle durch Aufstockung des Programms Erasmus+ für alle Zielgruppen (Schüler, Studenten, Praktikanten, Lehrlinge, Lehrer und Dozenten) um die Teilnehmerzahl bis 2025 zu verdoppeln und Lernende aus benachteiligten Verhältnissen zu erreichen;

Beseitigung von Hindernissen für die Anerkennung von Qualifikationen auf der Ebene der Schulen und Hochschulen durch gegenseitige Anerkennung von Schul- und Hochschulabschlüssen und von Studienzeiten im Ausland (Sorbonne-Prozess).

2019 Start des Pilotprojekts für einen EU-Studienausweis, der dann bis zum Jahr 2025 für alle mobilen Studierenden verfügbar sein soll, um u.a. eine neue, benutzerfreundliche Möglichkeit zur Speicherung von Informationen über die akademischen Leistungen einer Person anzubieten;

 # Förderung des Sprachenlernens in Europa mit dem Ziel, dass alle jungen Europäer bis 2025 bei Abschluss der Sekundarstufe II neben der Muttersprache zwei Fremdsprachen gut beherrschen sollten;

Schaffung europäischer Universitäten von Weltrang, die grenzübergreifend nahtlos zusammenarbeiten können, sowie Einrichtung einer Fakultät für europäische und transnationale Governance (am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.)

Schutz des kulturellen Erbes sowie Stärkung des Bewusstseins für eine europäische Identität und Kultur, durch Aufstockung der Finanzierungskapazität für den Kultur- und Kreativsektor bis 2020 mit dem Ziel, das Finanzierungsangebot für kleine und mittlere Unternehmen in der Kultur- und Kreativbranche erheblich zu erhöhen;

Stärkung der europäischen Dimension des Nachrichtensenders *Euronews.*

Verbesserung der allgemeinen und der beruflichen Bildung sowie Erhöhung des Anteils der Menschen, die am lebenslangen Lernen teilnehmen, auf 25 % bis 2025;

Vorantreiben der Innovationen in der Bildung im digitalen Zeitalter u.a.mit dem Ziel, dass bis 2025 alle Schulen Zugang zu ultraschnellem Breitband haben;stärkere Unterstützung der Lehrkräfte u.a. durch das „eTwinning-Netzwerk“, sowie durch die Bereitstellung von offenen Online-Kursen (MOOCs) im Rahmen der Einrichtung einer EU-Lehrerakademie;

Onlinehetze – EU Verhaltenskodex

Der europäische Verhaltenskodex für die Bekämpfung von Hetze im Internet hat sich als wirkungsvoll erwiesen. Alle teilnehmenden IT-Unternehmen erfüllen die Zielvorgabe, binnen 24 Stunden die Mehrzahl der Meldungen zu prüfen. Sie kommen dabei auf einen Durchschnittswert von über 81 %. Das zeigt die dritte Bewerbung, die im Januar 2018 veröffentlicht worden ist. Die IT-Konzerne entfernen im Schnitt 70 % der ihnen von den Nichtregierungsorganisationen und öffentlichen Stellen gemeldeten hetzerischen Inhalte aus dem Netz. Im Bereich Transparenz und Feedback fehlen allerdings bei ca.30 % der Meldungen die Rückmeldung an die Nutzer. Rund zwei Drittel der Mitgliedstaaten haben inzwischen eine nationale Kontaktstelle eingerichtet, die sich mit Online-Hetze befasst. **In Deutschland ist das die Task Force „Umgang mit rechtswidrigen Hassbotschaften im Internet“**. Ab Frühjahr 2018 soll es einen gezielten Dialog zwischen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten und IT-Konzernen geben.

Die Kommission hat eine Plastikstrategie vorgelegt

Danach soll künftig bereits bei der Herstellung, Wiederverwendung, Reparatur und Recycling berücksichtigt werden. Auch sollen ab 2030 alle Plastikverpackungen, die zwei Drittel des gesamten Plastikmülls auf dem EU-Markt ausmachen, recyclingfähig sein. Weiterhin soll der Verbrauch von Einwegkunststoffen reduziert werden, wofür noch für 2018 ein Gesetzesvorschlag angekündigt worden ist. Strategieziel des in der Mitteilung vom 16. Januar 2018 vorgelegten Gesamtkonzepts ist nicht nur der Umweltschutz, sondern zugleich die Schaffung eine neue Kunststoffwirtschaft. Im Rahmen der neuen Strategie ist u.a. vorgesehen, die Recyclingfähigkeit von Kunststoffen zu verbessern, größere Recyclinganlagen einzurichten, ein standardisiertes System für die getrennte Sammlung und Sortierung von Abfällen zu schaffen, biologisch abbaubare Kunststoffe zu definieren, eine neue Richtlinie über Hafenauffangeinrichtungen für die Entladung von Abfällen von Schiffen, da 20 – 40 % der Abfälle im Meer aus Quellen auf See stammen und **die Verwendung von Mikroplastik in Produkten (u.a. in Zahnpasta und Waschmitteln) zu beschränken,** nationale Sensibilisierungskampagnen zu unterstützen und

Logos für biologisch abbaubare und kompostierbare Kunststoffe zu entwickeln. Die Kommission hat mit der Vorlage der Strategie angekündigt, dass 100 Mio. Euro bereitgestellt werden zur Finanzierung der Entwicklung intelligenterer und recycling-fähigerer Kunststoffe, effizienterer Recyclingverfahren und zur Beseitigung gefährlicher Stoffe aus recycelten Kunststoffen.

Das ist vorbei. LECH WALESA wird heute von Polens Regierungspartei als „Verräter" denunziert. Diese Walesa-Briefmarke darf in Behörden pp. Nicht mehr verwendet werden.

Geschrieben + redigiert von Jürgen Wahl, Seibachstraße 6 + 53343´WACHTBERG

Tel. 0228- 32.43.81 // e-mail: POST@JWAHL.DE /// Deine/Ihre Spende bitte an dieses Konto: Volksbank 53343 Wachtberg

IBAN = DE 15 3706 9805 0101403017 // BIC = GENODED 1 WV I